

Anschrift



Liebe/r,

Stuttgart 21 spaltet unser Land. Zehntausende gehen auf die Straße, Hundertschaften der Polizei schützen die Bauarbeiten am Bahnhof und die Emotionen auf beiden Seiten kochen hoch. Die Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber und niemand konnte bislang einen Ausweg aus der verfahrenen Lage aufzeigen.

Es geht längst nicht mehr nur um den Bahnhof, sondern um viel mehr: Wie steht es um das Verhältnis von Regierenden und Regierten, wie weit trägt die Akzeptanz von Beschlüssen, die Parlamente und Regierungen gefasst haben? An Stuttgart 21 zeigt sich die tiefgreifende Vertrauensstörung zwischen Bürgern und Politik wie unter einem Brennglas.

Diese dramatische Situation können wir nur mit einer verbindlichen Volksabstimmung über Stuttgart 21 lösen. Allein sie hätte die Überzeugungsmacht, die es braucht, um die dann letztlich unterlegene Seite zu befrieden und damit Versöhnung zu stiften.

MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Wir stellen uns damit in die sozialdemokratische Tradition, mehr Demokratie zu wagen. Wer Verantwortung für das Land und seinen Zusammenhalt übernehmen will, für den reicht es nicht aus, für oder gegen Stuttgart 21 zu sein. Wir müssen auch einen Weg zeigen, wie der Konflikt zu einer Lösung kommen kann.

Die Verfassung kennt die Möglichkeit der Volksabstimmung gerade für Konfliktsituationen, wie wir sie bei Stuttgart 21 erleben. Ob wir sie nutzen, ist nur vordergründig eine juristische Frage. Entscheidend ist vielmehr, ob man dem Bürger das letzte Wort geben will oder nicht.

Kein Zweifel: Es wäre besser gewesen, eine Volksabstimmung vor dem Startschuss für das Projekt durchzuführen. Ohne die damals aktive Verhinderung eines Bürgerentscheids in Stuttgart durch Oberbürgermeister Schuster wäre diese verfahrenen Situation wahrscheinlich nie entstanden. Es ist mühsamer, jetzt nachzuholen, was damals versäumt wurde. Aber es ist nicht minder notwendig. Der Hinweis, Stuttgart 21 sei durch alle Instanzen gegangen, reicht nicht aus, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen. Denn die wesentliche Instanz, das Volk selbst, hat nicht die Möglichkeit gehabt, zu entscheiden.

Jeder, der das Projekt verantwortungsbewusst unterstützen möchte, muss sich verpflichtet fühlen, den Konflikt lösen zu wollen. Die Gegner übertönen zu wollen oder gar zu kriminalisieren, wird den Konflikt nur verschärfen. Mappus handelt unverantwortlich, in dem er den Konflikt immer weiter anheizt, um sich wahltaktische Vorteile zu verschaffen.

SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

Nils Schmid
Landesvorsitzender

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart

T 0711 – 6 19 36-45
F 0711 – 6 19 36-56

[nils.schmid@spd.de](mailto:nilschmid@spd.de)
www.nils-schmid.de



Die Volksabstimmung steht in jeder Hinsicht über einer unverbindlichen Bürgerbefragung. Was soll letztere bringen, wenn die Projektträger eindeutig erklärt haben, dass sie eine nicht bindende Befragung nicht respektieren würden?

Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger eine echte Entscheidungsmöglichkeit haben, wird dies befriedend wirken. Ohne doppelten Boden, mit vollem Wissen über die Folgen ihres Entscheids. Dies würde auch die Gegner von Stuttgart 21 verpflichten, die Konsequenzen eines Ausstiegs zu benennen, wie der Schadensersatz von mutmaßlich bis zu 1,4 Mrd. € und jahrelangem Stillstand in der Verkehrsinfrastruktur des Landes. Gerade wer gute Argumente für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke hat, braucht keine Angst vor dem Bürger haben.



EIN SCHWIERIGER, ABER GANGBARER WEG

Der Weg zu dieser breiteren Legitimation ist juristisch nicht einfach, aber möglich. Wir haben unter Hinzuziehung von renommierten Verfassungsrechtlern Vorschläge eingebracht, wie diese Volksabstimmung in kürzester Zeit verwirklicht werden kann. Die Landesregierung sollte jetzt nicht juristische Scheingefechte führen, weil sie keine Volksabstimmung will.

Es liegt an Ministerpräsident Mappus und seiner CDU, ob er unseren Weg der Versöhnung mitgehen möchte oder ob er es gegen alle Widerstände durchboxen will. Womöglich mit Wasserwerfern, Bundespolizei, über Jahre hinweg, mitten in der Stadt und mit Millionenaufwand. Gegen zehntausende Demonstranten aus dem ganzen Land. Diesen Weg der Spaltung kann und wird die SPD nicht mitgehen.

SPD Baden-Württemberg
www.WarumSPD.de

BAUSTOPP BIS ZUR VOLKSABSTIMMUNG

Und dabei ist eines auch klar: Wenn wir es mit unserem Vorschlag ernst meinen, dann muss bis zur Volksabstimmung konsequenterweise auch ein Stopp der Bau- und Baumfällarbeiten erfolgen. Durch das einseitige Schaffen von Fakten darf man nicht die Entscheidung der Bürger unterlaufen.

Wenn sich Herr Mappus selbst diesem Signal verweigert, dann zeigt sich sein Politikstil: Ignorant, über die Köpfe der Menschen hinweg, verhaftet in einem überkommenen Herrschaftsverständnis.

Mir, dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion geht es darum, die Sozialdemokratie in Baden-Württemberg erkennbar als die politische Kraft zu positionieren, die klar in der Sache ist, aber auch klar macht, dass sie die Menschen als mündige Bürger ernst nimmt.

Mir geht es um den Zusammenhalt im Land. Ich meine, dies gehört zu den vornehmsten Aufgaben der SPD. Dafür bitte ich Dich um Deine Unterstützung.

Dein

Nils Schmid MdL
Landesvorsitzender

